

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 10

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehrheit angenommen. General de Gaulle, der zur Verwerfung auch dieser Verfassung aufgefordert hatte, hat damit einen Denkkzettel bekommen, der auf einen weniger starrsinnigen Menschen, als er es ist, eine heilsame Wirkung ausüben würde.

In *Spanien* aber fühlt sich Franco so fest im Sattel, daß er sein Regime neuerdings auf die herausforderndste Weise als stärkstes Bollwerk des christlichen Glaubens und als zuverlässigste Kraft im Kampfe gegen den Sowjetkommunismus rühmen darf. Daß die Byrnes, Churchill und Konforten keinerlei Anlaß sehen, diesen schätzenswerten Zeitgenossen zu entfernen, ist wohl begreiflich.

So wogt der Kampf zwischen den Mächten der sozialen und politischen Konservation, ja Reaktion auf der einen, der sozialen und politischen Reform, ja Revolution auf der anderen Seite mit wechselndem Erfolg an den verschiedenen Fronten hin und her. Von einem großen Durchbruch der Sache der Gerechtigkeit und Freiheit, die auch die Sache des Friedens ist, scheinen wir noch weit entfernt. Und doch schauen wir nach allen Anzeichen dafür sehnfüchtig aus. Denn es mag recht wohl sein, daß jetzt, wo die Dinge noch im Flusse sind, die ganze Richtung des Weltgeschehens noch zum guten gekehrt werden kann, während sie später, wenn die Machtpolitik bereits starre Formen angenommen hat, vielleicht zwangsläufig-schicksalhaft zum Verderben führen müßte. Darum wachet! Und wirket, solange es Tag ist! Von selbst wird uns „die Entwicklung“ nicht den Sieg bringen. Dafür braucht es nichts Geringeres als eine aus den Tiefen aufsteigende und von der Höhe her inspirierte Revolution, und in der haben wir alle unseren wenn auch noch so bescheidenen Platz tätig auszufüllen.

14. Oktober.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Anschluss an die Welt Die entscheidende Frage, die der Schweiz zur Lösung aufgegeben ist, bleibt wohl noch auf lange hinaus die:

Wie fügen wir uns in die neue Welt ein, die aus dem Krieg hervorgehen soll? Was müssen und können wir tun, nicht nur um die Kriegsfolgen zu mildern, sondern vor allem um den Ausbruch eines neuen Krieges verhindern und eine Ordnung der Völkerbeziehungen schaffen zu helfen, die Gerechtigkeit und wirtschaftliches Gedeihen fördert und damit auch den Frieden zwischen den Nationen gewährleistet? Denn nur wenn eine solche internationale Sicherheits- und Wirtschaftsordnung aufgebaut werden kann, wird ja auch die Existenz der Schweiz gesichert sein; wenn nicht, dann steht über all ihren Anstrengungen, sich aus eigener Kraft vor Chaos und Krieg zu bewahren, von vornherein das unerbittliche Wort: Vergebens!

Mit Nachdruck muß darum immer wieder betont werden, daß sich die Schweiz von ihrer internationalen Solidaritätspflicht weder durch

Wohltätigkeit — so großherzig sie auch geübt werden mag — noch durch Beteiligung an bloß kulturellen, humanitären und technischen Gemeinschaftswerken der Völkerorganisation loskaufen kann; sie wird nicht darum herumkommen, *vorbehaltlos*, mit allen Rechten und Pflichten eines ordentlichen Mitglieds, *den Vereinten Nationen beizutreten*, ihren Anspruch auf nationale Souveränität der internationalen Solidarität unterzuordnen und damit auf jene militärische und politische Neutralität zu verzichten, an die sich Volk und Behörden immer noch so furchtbar zäh anklammern. Auch die neueste, in die Berichtszeit fallende größere amtliche Neutralitätskundgebung, die Rede Bundesrat *Petitpierre* am Schweizerischen Frauenkongreß in Zürich, in der er die sich „erstaunlicherweise“ für die Aufgabe der Neutralität erhebenden Stimmen ziemlich leichthin abtat, hat ja in der Öffentlichkeit fast überhaupt keinen Widerspruch erfahren; eine Erwiderung des RUP., die bezeichnenderweise nur von ganz vereinzelten Blättern der Linken aufgenommen wurde, gehört zu den wenigen oppositionellen Äußerungen darüber. Und ebenso sind die erfolgreichen Bemühungen des Politischen Departements und seines Vorstehers (der deswegen extra nach Paris gereist ist) die „Gefahr“ abzuwenden, daß die Vereinten Nationen von ihrem künftigen Genfer Filialsitz aus Beschlüsse über militärische Aktionen gegen einen Friedensbrecher fassen könnten, in der Presse fast durchwegs mit sichtlich erleichterter und Genugtuung aufgenommen worden. Ja, es wurde bei dieser Gelegenheit sogar behauptet — was Bundesrat *Petitpierre* in seiner Zürcher Rede noch verneint hatte —, die Großmächte, eingeschlossen die Sowjetunion, seien jetzt sogar bereit, „die besondere Stellung der Schweiz, ihre einzigartige, selbstgewählte und selbstverteidigte (?) Neutralität grundsätzlich anzuerkennen, uns eine Sonderstellung einzuräumen, die keinem anderen Staate bewilligt würde.“

Verfehlt Damit wären also unsere Neutralitätsgläubigen glücklich
Spekulation lich unmittelbar vor dem Ziel ihrer Wünsche, sofern — was wir nicht beurteilen können — ihre Information richtig ist. Und doch hätten wir gar keinen Grund, uns über eine solche Wendung der Dinge zu freuen. Im Gegenteil! Als Grund jener mutmaßlichen Geneigtheit der Mächte, die dauernde Neutralität der Schweiz, als auch in ihrem Interesse liegend, anzuerkennen, wird ja angegeben, die Großen Vier seien unter sich selbst so wenig einig und so von Mißtrauen gegen einander erfüllt, daß ein jeder von ihnen die Alpenübergänge lieber wie bisher der Schweiz zur Verteidigung überlasse, als zu riskieren, daß sie einmal in den Besitz des „feindlichen Blocks“ kämen. Wir spekulieren also auf die internationale Anarchie, auf den Gegensatz von Ost- und Westblock, der die Schweiz retten solle, und glauben — wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte — diesen für Europa vielleicht tödlichen Zwiespalt zum Sondervorteil der

Schweiz ausnützen zu können. Die Neutralitätsuppe der Schweiz soll sozufagen am schwelenden Feuer des sich ankündigenden neuen Kriegsbrandes gekocht werden.

Welche Kurzsichtigkeit! Die geschickte Ausnützung europäischer Machtgegensätze war zwar durch Jahrhunderte hindurch das klassische Mittel helvetischer Selbstbehauptung, und insofern befänden wir uns mit der neuesten Variante dieser Politik durchaus auf der Linie geschichtlicher Kontinuität. Aber die Zeitumstände haben sich seither immerhin einigermaßen gewandelt. Hatte die Schweiz in den Jahrhunderten, da es zur Machtpolitik keine Alternative gab, kaum eine andere Wahl, als sich von „fremden Händeln“ möglichst fernzuhalten, so ist heute die große Aufgabe, die den Völkern gestellt ist, ja gerade die, eine Völkerrechts- und Friedensordnung zu entwickeln, die über alle Machtpolitik endlich einmal hinausführen soll und auf jeden Fall das einzige Mittel darstellt, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Statt von der Aufspaltung der Welt in feindliche Blöcke profitieren zu wollen und törichterweise zu hoffen, im Fall einer abermaligen Kriegskatastrophe wieder ungeschoren davonzukommen (und dabei wacker Kriegsprofite machen zu können), müßte sich eine Politik wirklicher schweizerischer Selbstbehauptung darum das Ziel setzen, mit dem ganzen Aufgebot der Kräfte, die der Eidgenossenschaft zur Verfügung stehen, für die Schaffung jener Atmosphäre internationalen Vertrauens zu arbeiten, die wir an anderer Stelle als Voraussetzung dafür bezeichnet haben, daß die Mächterivalität überwunden und die Organisation der Vereinten Nationen als einziger Boden anerkannt wird, auf dem Weltpolitik und Weltwirtschaftspolitik gemacht wird.

Wir wollen damit keineswegs gesagt haben, daß sich die Schweiz nun mit unanständiger Hast in den Kreis der Vereinten Nationen hineindrängen solle; der Augenblick dafür muß gut gewählt werden. Aber noch viel weniger ist jenes unter uns so beliebte schlaue Abwarten dessen am Platze, was nun wohl aus den Vereinten Nationen und der „ja doch nichtsnutzigen“ Charta von San Francisco noch werden möge. Die Schweiz muß vielmehr das Ziel, dem sie zuzustreben hat — Beitritt zu den Vereinten Nationen auf gleichem Fuße mit allen anderen Staaten, die teilweise in einer ungleich schwierigeren Lage sind als die Schweiz —, fest ins Auge fassen und ihren Anschluß an die Weltfriedens- und Weltwirtschaftsorganisation planmäßig und tatkräftig vorbereiten.

Auch *die* Erwägung darf uns davon nicht abhalten, daß die Mitwirkung der Schweiz bei der Friedenssicherung für die Vereinten Nationen ja doch nicht von großer Bedeutung wäre, da im Fall eines Krieges zwischen den Großmächten die Vereinten Nationen ohnehin gesprengt wären und die Schweiz also ihre Neutralität von selbst zurückerwänne, bei einem Konflikt zweiten oder dritten Grades aber eine Beteiligung der Schweiz an militärischen oder wirtschaftlichen

Zwangsmaßnahmen gegen den Friedensstörer kaum irgendwie ins Gewicht fiele. Das mag richtig sein oder nicht (man kann sich Fälle denken, wo es auf die Mitwirkung der Schweiz sehr ankäme), und wir selbst haben wiederholt darauf hingewiesen, daß man sich über die Rolle der Schweiz und ihre Verpflichtungen im Fall eines vorbehaltlosen Beitritts zu den Vereinten Nationen häufig falsche Vorstellungen mache. Aber darauf kommt es zuletzt auch gar nicht an. Maßgebend für unsere Haltung darf nicht die Antwort auf die Frage sein, was die Schweiz gegebenenfalls für die Vereinten Nationen bedeuten könnte, will sagen welches Interesse die Vereinten Nationen an einer Preisgabe der schweizerischen Neutralität hätten; maßgebend bleibt für uns, was umgekehrt die Vereinten Nationen für die Schweiz bedeuten können, ob wir also die Vereinten Nationen nötig haben, wenn die Schweiz wirklich Schweiz bleiben soll. Die Antwort *darauf* ist für uns keinen Augenblick zweifelhaft. Sie liegt so klar auf der Hand, daß eine Verkenntung der Bedeutung, die dem Funktionieren einer festgefügtten Völkerrechtsordnung für einen Kleinstaat wie die Schweiz zukommt, einer Mißachtung ursprünglicher Lebensinteressen unseres Landes und Volkes gleichzusetzen wäre. Wir *dürfen* einfach nicht darüber spekulieren, in welcher Lage die Schweiz im Fall eines neuen Krieges *mit* Neutralität und in welcher sie *ohne* Neutralität wäre; wir müssen alles daran setzen, daß es zu einer solchen Katastrophe überhaupt nie mehr kommt, wohl wissend, daß wir dann — im Zeitalter der Atom- und Raketenwaffen, des chemischen und des elektrischen Krieges — ohnehin verloren wären, mit oder ohne Neutralität.

Alles für die Kriegsrüstung! Das heißt also, daß uns dann auch die vollkommenste militärische Kriegsbereitschaft nicht mehr zu retten vermöchte. Ihre Rüstung hat ja die Schweiz, entgegen dem volkstümlichen Aberglauben, den einsichtige Militärs längst nicht mehr teilen, auch in dem hinter uns liegenden Kriege nicht gerettet, und die nationalrätliche Aussprache über die sogenannten antidemokratischen Umtriebe hat uns neuerdings daran erinnert, daß wir mit aller militärischen Abwehrbereitschaft (die freilich, laut Generalsbericht, eine sehr relative Sache war) verkauft und verloren gewesen wären, wenn die Schweiz von außen angegriffen worden und dann die wohlorganisierte Fünfte Kolonne der Armee in den Rücken gefallen wäre. Und eine *noch* bessere Rüstung würde die Schweiz ebensowenig in einem *neuen* Krieg retten, der Angriffs- und Zerstörungswaffen in Tätigkeit sähe, gegen die eine entsprechende schweizerische Abwehr von Anfang an ein hoffnungsloses Unterfangen wäre. Sich auf eine Konkurrenz mit diesen Waffen überhaupt nur einzulassen, wäre Vermesstheit und Frevel, und Professor *Wahlen*, der es durch sein ebenso tapferes wie hochsinniges Votum im Ständerat fertig gebracht hat, daß die Vorlage über die Unterstützung der *Atomforschung* (mit gleich 18

Millionen!) an den Bundesrat zurückgewiesen wurde im Sinne völliger Klarstellung unseres Willens, die Atomkraft niemals zu militärischen Zwecken zu verwenden — Professor Wahlen also hat sich ein wirkliches, neues Verdienst um die Schweiz erworben, wenn er dazu beigetragen hat, die Trugvorstellung zu zerstören, daß die Schweiz den Wettlauf um die Herstellung „modernster“ Waffen irgendwie mitmachen könne.

Leider hat wenige Tage darnach der Nationalrat im Handumdrehen einen Betrag von nicht weniger als 108 Millionen für *Kriegsmaterialbeschaffung* bewilligt. Es ist ganz bezeichnend für unsere Lage, mit welcher Leichtigkeit, um nicht zu sagen Leichtfertigkeit, eine derartige Summe — die größer ist als noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit die gesamten Militärausgaben des Bundes in einem Jahr — von der gleichen Volksvertretung genehmigt wurde, die — in dem Augenblick, da ich schreibe, sind die Verhandlungen eben erst begonnen worden — diese Woche sicher tagelang darüber diskutieren wird, ob die eidgenössische Finanznot es dem Bund erlaube, die ach, so magere *Altersversicherung* mit fast genau dem gleichen Betrag (106 Millionen) zu unterstützen. Unser Freund *Dellberg* hat im Nationalrat — als einziger Abgeordneter! — mit Kraft auf diesen herausfordernden Gegensatz hingewiesen. Er konnte sich dabei auf einen höchst aufschlußreichen Bericht berufen, den der Chef des eidgenössischen Finanzdepartements, Bundesrat *Nobs*, im Mai dieses Jahres über die finanzielle und wirtschaftliche Tragbarkeit der rekordhaft gesteigerten Militärausgaben erstattet hat. Aus diesem Bericht geht hervor, daß der Bund während den beiden Weltkriegen jahrelang für das Militärwesen allein erheblich mehr ausgegeben hat, als insgesamt Einnahmen verfügbar waren, und daß im laufenden Jahr die Militärausgaben laut Voranschlag beinahe 50 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes, nämlich 729 von insgesamt 1534 Millionen, ausmachen. „Wenn die *außerordentlichen* Militärausgaben von 523 Millionen wegfielen“, so stellt der Finanzminister fest, „könnte der Voranschlag für 1946 nicht nur ausgeglichen werden, sondern sogar einen Ueberschuß aufweisen.“ Und Nationalrat *Dellberg* meint dazu: „Alle Schuld an der ganzen Finanzmisere von 1946 und auch 1947 liegt an diesen außerordentlichen Militärausgaben von über einer halben Milliarde.“

Wahrlich, es ist unverantwortlich, wie hier mit Volksgut gewirtschaftet und künstlich eine Finanznot erzeugt wird, die es dann ihrerseits unmöglich machen soll, für größere Sozialwerke des Bundes auch nur halbwegs ausreichende Mittel aufzutreiben. (Nebenbei gesagt: Wenn der Bund notleidet, so heißt das noch lange nicht, daß es in der Schweiz überhaupt an Geld gebreche. Während die Verschuldung des Bundes, als Folge der Mobilisationsausgaben, um neun Milliarden gestiegen ist, hat sich das Steuervermögen in der Schweiz um fünf Milliarden vermehrt.) Der Gedanke einer *Volksinitiative zur Beschränkung*

der militärischen Rüstungen drängt sich angesichts dieser Tatsachen von neuem auf, sagt doch Bundesrat Nobs in dem erwähnten Bericht selbst, die normalen Militärausgaben sollten in Zukunft 30 Prozent der eidgenössischen Staatsausgaben ohne Schuldendienst nicht übersteigen dürfen. Die Frage sei unseren Friedensorganisationen zur Prüfung angelegentlichst empfohlen!

Inzwischen ist durch eine Motion von Professor André Oltramare (Genf) wenigstens die Einführung eines offiziellen *Zivildienstes* für Militärdienstverweigerer im Nationalrat zur Diskussion gestellt worden. Es ist wirklich hohe Zeit, daß sich auch die Schweiz in die Reihe der Staaten stellt, die dem Skandal der Bestrafung und moralischen Aechtung von Männern, denen das Töten von Mitmenschen durch ihr Gewissen verboten wird, ein Ende gemacht haben. Die Motion Oltramare ist übrigens eine Frucht der ersten Abgeordnetenversammlung des neugegründeten Schweizerischen Friedensrats, der Dachorganisation aller pazifistischen Vereinigungen des Landes. Möge auch die andere Anregung des Friedensrats, es sei die Frage der Verstaatlichung der schweizerischen *Rüstungsindustrie* erneut zu studieren und womöglich einer gesetzgeberischen Lösung entgegenzuführen, auf guten Boden fallen!

Wirtschafts- und Sozialreform Die herrschenden Parteien sind außerstande, das Problem des Anschlusses der Schweiz an die neue Völkerwelt und damit dasjenige der schweizerischen Selbstbehauptung recht zu lösen. Sie zeigen sich außerstande, das drängende Problem der Finanzsanierung zu lösen. Und sie sind erst recht nicht imstande, das Wirtschafts- und Sozialproblem der Schweiz auch nur zweckentsprechend anzupacken. Der scheinbar glänzende Aufschwung, den *Handel und Industrie* gegenwärtig erleben, wird ihnen mehr und mehr selbst unheimlich. „Die gefährliche *Hochkonjunktur* der Wirtschaft“, so schrieb letzthin die „Neue Zürcher Zeitung“ naiv, „gleicht einem Fieber, gegen das man Mittel sucht, obschon zu befürchten ist, daß mehr die Symptome des Leidens bekämpft werden könnten als dieses selbst.“ Das ist allerdings sehr zu befürchten. Die unvermeidliche Depression, die alle kommen sehen, wird uns darum zwar nicht unvorbereitet, aber doch ganz ungenügend gewappnet finden. Es bedürfte schon *sehr* einschneidender Strukturänderungen, um die Wirkungen einer neuen internationalen Wirtschaftskrise auf die Schweiz wenigstens soweit abzufschwächen, als dies bei unserer innigen Verflochtenheit in die Weltwirtschaft überhaupt möglich ist. Die neuen Wirtschaftsartikel, die der Bundesverfassung eingefügt werden sollen, reichen dazu jedenfalls nicht von ferne aus; die von der Sozialdemokratischen Partei zusammen mit dem Gewerkschaftsbund eingereichte Initiative „für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit“ aber, welche die Grundlage für eine wirkliche Krisenbekämpfung und Wirtschafts-

lenkung und dazu für eine radikale Sozialreform zu schaffen vermöchte, werden die bürgerlichen Parteien, wie der Antrag des Bundesrats an die Bundesversammlung bereits erkennen läßt, mit verblendeter Heftigkeit bekämpfen. (Daß die vom Landesring der Unabhängigen eingereichte Initiative für Sicherung eines „Rechtes auf Arbeit“, über die Anfangs Dezember die Volksabstimmung ergehen wird, abgelehnt werden sollte, scheint mir gegeben zu sein. Man kann nicht den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen, das heißt man kann nicht Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit erstreben, ohne die Grundlagen der „liberalen“ Wirtschaft anzutasten.)

Aehnlich unfähig und kurzsichtig erweist sich die amtliche Bundespolitik auch gegenüber der *Bauernfrage*. Mit den fortwährenden Preiserhöhungen für Milch, Butter, Käse, Fleisch usw., deren letzte diese Erzeugnisse um rund zehn Prozent verteuert hat, ist weniger als nichts gewonnen, wenn auch anerkannt werden muß, daß die Klein- und Bergbauernbetriebe sie für den Augenblick sehr nötig gehabt haben. (Die größeren Betriebe hätten angesichts der fetten Jahre, die die schweizerische Landwirtschaft hinter sich hat, einen Gewinnausfall wohl erleiden mögen.) Aber auf die Länge werden auch sie unter der ungefunten Steigerung der Bodenpreise, die sich aus dieser unausgesetzten Erhöhung der Produktenpreise ergeben muß, zu leiden haben, und wenn dann einmal, im Zusammenhang mit einer allgemeinen Krise, der große Zusammenbruch der Landwirtschaftspreise kommt, was dann? Die Entschuldung und Sanierung der Landwirtschaft wird mit *anderen* Mitteln an die Hand genommen werden müssen; aber wo findet sich die dazu nötige Entschlußkraft und Weitsicht? Von der neuen Agrargesetzgebung, über der man schon so lange im Bundeshaus brütet, ist jedenfalls auch keine Umkehr von dem falschen Weg zu erwarten, der in der Bauernpolitik schon seit Jahr und Tag begangen wird; dazu hat Brugg viel zu viel Einfluß auf Bern.

Neue Demokratie Man stößt eben, wenn man sich alle diese Fragen überlegt, immer wieder auf die Notwendigkeit, die schweizerische Demokratie und das sie tragende Volksleben an Haupt und Gliedern zu erneuern. Daß die politische Gleichberechtigung der *Frauen* nun auch von den Männern des Kantons *Genf* abgelehnt wurde, wenn schon mit schwächerem Mehr als das letztemal und bei nur 45 Prozent Stimmbeteiligung, ist ja nur *ein* Zeichen für die Ueberalterung unserer bürgerlichen Demokratie, deren geistiger Zustand auch durch Dinge wie den *Churchill-Rummel*, diesen Spießbürger-Byzantinismus, und die *Ueberwachung des Telephonverkehrs* zahlreicher Bürger hinlänglich charakterisiert wird. Gerade die Praxis der Telephonbepitzelung, die keineswegs nur gegenüber Schwarzhändlern und Raubmördern geübt wird, sondern recht sehr auch gegenüber oppositionellen „Elementen“, sollte in einem Freistaat einfach unmöglich

fein; aber die Macht, welche die politische Polizei damit seit Jahren über das ganze öffentliche Leben gewonnen hat, ist zu groß und füll, als daß das Departement von Steiger darauf jemals zu verzichten gedächte.

Woher wir die *Kräfte* erwarten sollen, die die neue schweizerische Regeneration bewirken sollen, das ist freilich schwer zu sagen. Von den politischen Parteien werden sie jedenfalls nicht ausgehen, auch nicht von den oppositionellen, wenn sie sich ihrer dann auch bedienen mögen. Die Sozialdemokratische Partei hat wohl ein gutes Reformprogramm, das die Notwendigkeiten unserer Lage klar erkennt, aber sie ist — und noch mehr die meisten Gewerkschaften — doch personell und gesinnungsmäßig so sehr mit der offiziellen Schweiz verhängt, daß schon eine politische Grundwelle aus dem Volk heraus nötig wäre, um sie zu wirklich selbständiger sozialistischer Aktion anzutreiben; man denke bloß an ihre Neutralitäts- und Militärpolitik. Die Partei der Arbeit aber — du liebe Zeit! Das Bedürfnis nach einer frischen, radikal-sozialistischen Volkspartei wäre sicher weit herum in der Eidgenossenschaft vorhanden gewesen, aber dann hätte die neue Bewegung nicht gleich von Anfang an in die Hände alter kommunistischer Routiniers und bedenkenloser Demagogen kommen dürfen, die zum Teil — wie die Hofmaier, Surava und Konforten — vom Standpunkte der sozialistischen Moral aus geradezu als korrupt zu bezeichnen sind. Ob wohl dieser Sumpf gründlich ausgetrocknet wird? Was man bis jetzt davon vernommen hat, ist wenig verheißungsvoll. Und so wird der Durchstoß zur neuen Schweiz, der kommen muß, wohl auch von wesentlich *neuen* Kräften ausgehen müssen die sich zwar in den vorhandenen Parteien auswirken mögen, die aber darüber hinaus eine breite und tiefe Volksbewegung hervorzurufen imstande sein müssen, von der Art, wie sie in den besten Zeiten schweizerischer Geschichte immer wieder lebendig und fruchtbar aufgetreten sind.

16. Oktober.

Hugo Kramer.

Aus Deutschland

Religiöse Sozialisten in Deutschland

In Berlin bildete sich schon vor einigen Monaten eine Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten unter Leitung von Pfarrer Artur Rackwitz, der — zurückgekehrt aus dem KZ. in Dachau — mit froher Energie seine gesamte Arbeit aufnahm. Neben ihm arbeiten Bernhard Goering, jetzt 2. Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Vorstandes der SED. und Kürschner, der nach langen Gefängnisjahren jetzt Leiter der Volksbibliotheken von Berlin ist.

In Mecklenburg arbeiten unsere Freunde Kleinschmidt und Jüchen.

In Württemberg hat unser Freund Eberhard Lempp die Arbeit aufgenommen.

In Hamburg sammelt Hans Wehn, Sekretär der örtlichen Organisation der SPD., eine Gruppe religiöser Sozialisten.

Nun sind auch wir für das Gebiet von Großhessen am 7. 7. hier in Frankfurt